

Gesamtrevision Nutzungsplanung Wädenswil

Bau- und Zonenordnung

Synoptische Darstellung BZO Hütten

Vom Gemeinderat festgesetzt am 30. September 2024

Der Präsident: Der Sekretär:

Von der Baudirektion genehmigt am:

BDV-Nr.:

Für die Baudirektion:

Stand: Festsetzung

Zeichenerläuterung

nBZO: Entwurf der BZO

Zu aktualisierende Abschnitte

Rechtskräftige BZO Hütten

Die Gemeinde Hütten erlässt gestützt auf Art. 2 des Bundesgesetzes über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 und § 45 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vom 7. September 1975 (Fassung vom 1. September 1991) die nachstehende Bau- und Zonenordnung. Sie gilt für das ganze Gemeindegebiet, ausgenommen sind die kantonalen und regionalen Nutzungszonen. Vorbehalten bleibt die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung.

I. Zonenordnung

Art. 2 Zoneneinteilung

Das Gemeindegebiet wird, soweit es nicht kantonalen und regionalen Nutzungszonen zugewiesen oder Wald ist, in folgende Zonen eingeteilt:

Zonen	Abkürzung	Empfindlichkeitsstufe (ES) gemäss Lärmschutzverordnung
Kernzone	K	III

Entwurf BZO-Revision

Die Stadt Wädenswil erlässt, gestützt auf § 45 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) in der Fassung vom 1. März 2017 und unter Vorbehalt vorgehenden eidgenössischen und kantonalen Rechts, für ihr Gemeindegebiet die nachstehende Bau- und Zonenordnung.

I. Zweck

Art. 1 Ortsbauliche Grundhaltung

Grundsatz Die BZO bezweckt eine geordnete Bebauung und eine haushälterische Nutzung des Bodens sowie die Sicherstellung einer hohen Siedlungsqualität. Dabei werden die lokalen Eigenschaften und Identitäten, das Ortsbild und die städtebauliche Gestaltung berücksichtigt.

II. Zonenplan

Art. 2 Zonen

Grundsatz Das Gemeindegebiet ist, soweit es nicht kantonalen und regionalen Nutzungszonen zugewiesen oder Wald ist, in folgende Zonen eingeteilt:

Zonen	Abkürzung	Empfindlichkeitsstufe (ES) gemäss Lärmschutzverordnung
Kernzone 5	K5	III
Kernzone 4	K4	III
Kernzone 3	K3	III
Kernzone 2	K2	III
Spezialkernzone S	KS	III

Rechtskräftige BZO Hütten

Quartiererhaltungszone		Q	II
Wohnzone A	2 Geschosse	W2A	II
Wohnzone B	2 Geschosse	W2B	II
Wohnzone C	2 Geschosse	W2C	II
Wohnzone	1 Geschoss	W1A	II
Wohnzone	1 Geschoss	W1B	II
Gewerbezone		G	III

Entwurf BZO-Revision

Kernzone B (Brauerei-Areal)	KB	III
Fünfgeschossige Zentrumszone	Z5	III
Zweigeschossige Wohnzone A	W2A / 25 %	II
Zweigeschossige Wohnzone B	W2B / 30 %	II
Zweigeschossige Wohnzone C	W2C / 30 %	II
Zweigeschossige Wohnzone D	W2D / 40 %	II
Zweigeschossige Wohnzone E	W2E / 45 %	II
Dreigeschossige Wohnzone	W3 / 55 %	II
Viergeschossige Wohnzone	W4 / 70 %	II
Dreigeschossige Wohn- und Gewerbezone A	WG3A / 45 %	III
Dreigeschossige Wohn- und Gewerbezone B	WG3B / 70 %	III
Viergeschossige Wohn- und Gewerbezone	WG4 / 85 %	III
Fünfgeschossige Wohn- und Gewerbezone	WG5 / 100 %	III
Industrie- und Gewerbezone A	IGA	IV
Industrie- und Gewerbezone B	IGB	III
Industrie- und Gewerbezone C	IGC	III

Rechtskräftige BZO Hütten

Zone für öffentliche Bauten	Oe	II
Erholungszone	E	
Freihaltezone	F	
Reservezone	R	
Landwirtschaftszone	Lw	III

Art. 1 Zonenplan, Ergänzungspläne und Kernzonenplan

¹ Für die Abgrenzungen der Zonen und für die rechtlich erheblichen Unterscheidungen innerhalb der Zonen sind die Originalpläne des allgemeinen Zonenplanes Mst. 1:5000, die Ergänzungspläne Mst. 1:2500 bzw. Mst. 1:500 und der Kernzonenplan Mst. 1:1000 zur Darstellung der genauen Zonengrenzen und für die besonderen Vorschriften der Bau- und Zonenordnung massgebend. Die genaue Abgrenzung der Zonen sowie der genaue Verlauf von Waldgrenzen, Abstandslinien sowie Grundwasserschutzzonen sind in der amtlichen Vermessung definiert.

² Die Ergänzungspläne gehen dem allgemeinen Zonenplan Mst. 1:5000 vor. Es sind dies:

- Der Waldabstandslinienplan Mst. 1:2500 vom 17.7.1985 (RRB Nr. 2775)
- Zonengrenzenpläne Mst. 1:500 und Mst. 1:2000 vom 26.10.1993
- Kernzonenplan Mst. 1:1000 vom 22.11.2004.

³ Der Erschliessungsplan Mst. 1:5000, genehmigt mit RRB Nr.2775 am 17.7.1985 gibt Aufschluss über die für die Groberschliessung notwendigen öffentlichen Werke und Anlagen.

Entwurf BZO-Revision

Zone für öffentliche Bauten und Anlagen	Oe	II / III *
Erholungszone	E	III
Freihaltezone	F	III
Provisorische Weilerzone	Prov. WZ	III
Reservezone	R	
Landwirtschaftszone (kommunal)	L(k)	III
Lärmvorbelastete Wohnzone gemäss Bezeichnung im Zonenplan		III

* gemäss Bezeichnung in Zonenplan

Art. 3 Massgebende Pläne

Zonenplan ¹ Für die Abgrenzung der Zonen gilt der Zonenplan im Massstab 1:5'000.

Kernzonen ² Für die Kernzonen gelten die Kernzonenpläne 1-3 im Massstab 1:2'500.

Ergänzungspläne ³ Daneben gelten die folgenden Ergänzungspläne und weiteren Pläne:

- Ergänzungsplan «Mischnutzung» und «Erdgeschossnutzung»
- Ergänzungsplan «Aussichtsschutz»
- Ergänzungsplan «Städtebau Mittelort / Riedhof»
- Ergänzungsplan «preisgünstiger Wohnraum»
- Waldabstandslinienplan

Rechtskräftige BZO Hütten

1 Bauzonen

1.1 Kernzone

Art. 11 Nutzweise / Bauweise

¹ Wohnungen, Büros, Ateliers und Praxisräume, Läden und Gewerbe mit höchstens mässig störenden Auswirkungen sind zulässig.

² Das Zusammenbauen bis zur zulässigen Gesamtlänge ist gestattet.

Art. 4 Um- und Ersatzbauten

¹ Die im Kernzonenplan grau dargestellten Gebäude und Gebäudeteile dürfen nur an der bisherigen Stelle und in den

Entwurf BZO-Revision

Rechtsgültige Pläne ⁴ Die gemäss Abs. 1 - 3 rechtsgültigen Pläne liegen bei der Abteilung Planen und Bauen auf. Mit der Bauordnung abgegebene Pläne sind nicht rechtsverbindlich.

III. Bauzonen

A. Kernzonen

Art. 4 Zweck, allgemeine Gestaltungsvorschrift, Nutzweise

Zweck ¹ Die Kernzonenvorschriften beabsichtigen den Schutz des Ortsbilds sowie die Bewahrung des Charakters der historischen Bebauung.

Allgemeine Gestaltungsvorschrift ² Die Bauten, Anlagen und deren Umschwung sind für sich und in Zusammenhang mit der baulichen und landschaftlichen Umgebung im Ganzen und in ihren einzelnen Teilen so zu gestalten, dass eine besonders gute Gesamtwirkung entsteht. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Anordnung und Stellung der Bauten, Massstäblichkeit, Volumen, Dachformen, Materialien und Farben sowie die Detailgestaltung.

Nutzweise ³ In den Kernzonen sind Wohnnutzungen sowie höchstens mässig störendes Gewerbe zulässig.

Verhältnis zu Denkmalschutz ⁴ Die Massvorschriften für Neubauten gemäss Art. 7 können nur so weit in Anspruch genommen werden, wie die Rücksichtnahme auf geschützte Gebäude gewährleistet ist. Sofern bestehende und künftige Anordnungen in Verträgen, Verfügungen oder Bewilligungen, welche die Denkmalpflege und damit vor allem den Substanzschutz betreffen, ein höheres Schutzniveau bieten als die Kernzonenvorschriften, gehen sie den Kernzonenvorschriften vor.

Art. 5 Umbau und Ersatz bestehender Gebäude

Profilerrhalt ¹ Gebäude und Gebäudeteile, die im Kernzonenplan mit «Profilerrhalt» markiert sind, müssen bei Umbau oder Ersatz die Stellung und Kubatur sowie die wesentlichen

Rechtskräftige BZO Hütten

Ausmassen des bestehenden Gebäudes umgebaut oder ersetzt werden. Die wesentlichen gestalterischen Elemente des Altbaus sind zu übernehmen. Das Ausmass wird bestimmt durch die vorhandene Gebäudegrundfläche, die bestehenden Gebäudehöhen sowie Firsthöhen.

² Alle übrigen bestehenden Gebäude dürfen unter Beibehaltung des bisherigen Gebäudeprofils (Lage, Grundriss, kubische Form und Fassadengestaltung) erneuert, umgebaut oder durch Neubauten ersetzt werden.

³ Vorbehalten bleiben Unterschutzstellungen.

⁴ Abweichungen und Verbesserungen können bewilligt oder angeordnet werden, wenn dies im Interesse der Wohnhygiene, des Ortsbildschutzes oder der Verkehrssicherheit liegt.

Art. 9 Freiflächen, Umgebung

⁵ Innerhalb der im Kernzonenplan mit einer grünen Schraffur bezeichneten Freiflächen sind nur sicker-fähige Beläge zulässig.

Entwurf BZO-Revision

Elemente des Erscheinungsbilds des bestehenden Gebäudes, insbesondere Trauflinie und die Anzahl Geschosse übernehmen.

Abweichungen bei Gebäuden mit Profilerhalt

² Geringfügige Abweichungen von Stellung und Kubatur sowie von den wesentlichen Elementen des Erscheinungsbilds zu Gunsten den nachstehenden Interessen können bewilligt oder angeordnet werden:

- Gestalterische Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand
- Überwiegende Interessen der Verkehrssicherheit

Profilangleichung

³ Gebäude und Gebäudeteile, die im Kernzonenplan mit «Profilangleichung» markiert sind, müssen sich bei Umbau und Ersatz an Stellung und Kubatur sowie an den wesentlichen Elementen des Erscheinungsbilds des bestehenden Gebäudes orientieren.

Nicht speziell bezeichnete Gebäude in der K2, K3, K4, K5 sowie in der KB

⁴ Für im Kernzonenplan nicht speziell bezeichnete Gebäude und Gebäudeteile in der K2, K3, K4, K5 sowie in der KB gelten bei Um- und Ersatzbauten die Bestimmungen für Neubauten gemäss Art. 7.

Nicht speziell bezeichnete Gebäude in der KS

⁵ In der KS dürfen nicht speziell bezeichnete Gebäude höchstens umgebaut und erneuert werden. Die Anzahl Wohneinheiten darf dabei erhöht werden. Umnutzungen zu Wohnen sind zulässig.

Anrechenbare Dach- und Untergeschosse

⁶ Für die Gebäude gemäss Abs. 1 und Abs. 3 kommen die Bestimmungen zu den maximal anrechenbaren Dachgeschossen und den maximal anrechenbaren Untergeschossen gemäss Art. 7 zur Anwendung.

Art. 6 Wichtige Freiräume und ausgeprägte Platz- und Strassenräume

Grundsatz

¹ Die in den Kernzonenplänen speziell bezeichneten wichtigen Freiräume sowie die ausgeprägten Platz- und Strassenräume sind in ihrem Charakter zu erhalten und nach Möglichkeit angemessen aufzuwerten.

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 5 Neubauten

¹ Sofern nicht Art. 4 zur Anwendung gelangt, gelten die nachstehenden Bestimmungen.

² Neubauten dürfen nur innerhalb von Bereichen erstellt werden, die im Kernzonenplan mit einer roten Schraffur markiert oder mit einer Baubegrenzungslinie umschlossen sind

³ Für die im Kernzonenplan rot schraffierten Bereiche gelten für Neubauten die folgenden Grundmasse:

			K
Vollgeschosse	max		2
Dachgeschosse	max		1
Grenz-/Strassenabstand	min.	m	5.0

Entwurf BZO-Revision

Spezielle Bestimmung für wichtige Freiräume

² In den speziell bezeichneten Freiräumen sind grundsätzlich keine Bauten und Anlagen zulässig. Dem Freiraum untergeordnete Kleinbauten, Anbauten oder Anlagen können zugelassen werden.

Art. 7 Massvorschriften für Neubauten

Grundsatz

¹ Für Neubauten sowie Um- und Ersatzbauten von nicht speziell bezeichneten Gebäuden und Gebäudeteilen gelten folgende Massvorschriften:

	K5	K4	K3	K2	KS (Spezialkernzone)	KB (Brauerei-Areal)
Kernzonen:						
Vollgeschosse max.	5	4	3	2	Keine Neubauten	---
Anrechenbare Dachgeschosse max.	2	2	2	2		---
Anrechenbare Untergeschosse max.	1	1	1	1		---
Grundgrenzabstand min.	3.5m	3.5 m	3.5 m	3.5 m	3.5 m	1/2 der Gebäudehöhe,

Rechtskräftige BZO Hütten

Gebäudehöhe	max .	m	7.5
Firsthöhe	max .	m	5.0
Gebäude- /Gesamtlänge	max .	m	22.0
Gebäudebreite	max .	m	12.5
Überbauungsziffer besondere Gebäude	max .	%	5

⁴ Innerhalb der mit einer Baubegrenzungslinie bezeichneten Bereiche gelten für Neubauten die im Kernzonenplan eingetragenen Grundmasse. Soweit im Kernzonenplan keine maximale Gebäudebreite festgelegt ist, dürfen Neubauten mit ihrer Fassade bis auf die Baubegrenzungslinie gebaut werden.

Entwurf BZO-Revision

						jedoch mind. 3.5 m
Taufseitige Fassadenhöhe max.	16.5m	13.5m	10.5m	7.5 m	---	max. 14 m bei Schrägdächer n, max. 18 m bei Flachdächer n (unter Vorbehalt von Abs. 3)
Giebelseitige Fassadenhöhe max.	22 m	19 m	16 m	13 m	---	18 m
Empfindlichkeitsstu fe	III	III	III	III	III	III
Baumassenziffer max.	---	---	---	---	---	5.0 m ³ /m ²
Grünflächenziffer gemäss Art. 35 *	20%	20 %	20 %	30 %	---	---

* Die Grünflächenziffer gilt auf Grundstücken ab einer anrechenbaren Grundstücksfläche von 500 m².

Kernzone S
(Spezialkernzone)

² In der Kernzone S sind Neubauten und Ersatzbauten nicht gestattet.

Rechtskräftige BZO Hütten

⁵ Bezeichnet der Kernzonenplan eine oder mehrere zwingende Baubegrenzungslinien, so müssen Neubauten mit ihren Fassaden diese grundsätzlich einhalten. Für einzelne Gebäudeteile gilt ein Projektierungsspielraum von + / - 1.0 m. Die vorhandenen Gebäude- und Firsthöhen sind zu übernehmen.

⁶ Das Bauen auf oder das Näherbauen an die Strassengrenze ist gestattet, bzw. vorgeschrieben, wo dies durch die im Kernzonenplan eingezeichneten Baubegrenzungslinien ermöglicht oder durch die zwingenden Baubegrenzungslinien verlangt wird.

⁷ Besondere Gebäude im Sinne von § 273 PBG können auch ausserhalb der im Kernzonenplan bezeichneten Flächen für Neubauten und unter den Voraussetzungen von Art. 32 BZO erstellt werden. Innerhalb der im Plan bezeichneten Freiflächen ist das Erstellen von besonderen Gebäuden nicht gestattet.

⁸ Die Abstandsverschärfung für Gebäude mit brennbaren Aussenwänden (§ 14 BBV II) findet keine Anwendung.

Art. 7 Dachform, Dacheindeckung, Dachgestaltung

Entwurf BZO-Revision

**Kernzone
Brauerei-Areal** ³ In der Kernzone Brauerei-Areal gelten folgende Bestimmungen:
Bei Bauweise mit Flachdach ist über der max. zulässigen Gebäudehöhe kein zusätzliches Attikageschoss zulässig.
Entlang der Einsiedlerstrasse darf, mit Ausnahme von technisch bedingten Aufbauten, die höchste Höhe der Gebäude im Bereich nördlich des Kamins die Kote von 438.00 m.ü.M. im Bereich südlich des Kamins die Kote von 441.50 m.ü.M. nicht überschreiten.
In der ganzen Kernzone Brauerei-Areal sind insgesamt höchstens 1'000 m² Verkaufsfläche zulässig.

Art. 8 Stellung der Bauten

Pflichtbaulinien ¹ Sind in den Kernzonenplänen Pflichtbaulinien bezeichnet, müssen Hauptgebäude bei Ersatz oder Neubau an diese Linie gebaut werden.

**Bauen auf die
Strassengrenze** ² Das Bauen bis auf die Strassen-, Platz- oder Weggrenze ist unter Einhaltung der allgemeinen Gestaltungsvorschrift gemäss Art. 4 sowie unter Vorbehalt von Verkehrssicherheit und Wohnhygiene, dem Profilerhalt gemäss Art. 5 Abs. 1 sowie allfälliger Pflichtbaulinien gestattet.

Grenzbau ³ Der Grenzbau ist mit der schriftlichen Zustimmung des Nachbarn erlaubt. Die nachbarliche Zustimmung ist nicht erforderlich im Ausmass, in dem an ein bestehendes Gebäude auf der gemeinsamen Grenze angebaut werden kann. Allfällige Baubegrenzungs- oder Profilerhaltungslinien bleiben vorbehalten.

Art. 9 Dachgestaltung

Rechtskräftige BZO Hütten

¹ Bei Hauptgebäuden sind nur Satteldächer zulässig. Für besondere Gebäude und eingeschossige Gebäudeteile sind auch andere Dachformen zulässig.

² Soweit der Kernzonenplan zwingende Firstrichtungen bezeichnet, sind diese bei Neubauten einzuhalten.

³ Die Dächer von Hauptgebäuden sind mit Tonziegeln ortsüblicher Form und Farbe einzudecken. Für besondere Gebäude und eingeschossige Gebäudeteile sind auch andere Bedachungsmaterialien gestattet.

⁴ Das Dach ist allseitig vorspringend auszugestalten. In der Regel dürfen Dachvorsprünge traufseits höchstens 70 cm und giebelseits höchstens 50 cm betragen. Trauf- und Ortgesimse sind schlank zu gestalten.

Art.8 Dachaufbauten, Dachfenster, Dacheinschnitte und Sonnenkollektoren

¹ Die Belichtung und Belüftung des Dachraumes hat in erster Linie von den Giebfassaden her zu erfolgen. Dachaufbauten sind als Giebellukarnen oder Schlepptgauben (Neigung min. 12° alter Teilung) auszubilden. Sie haben hinsichtlich Stil dem Gebäude sowie der ortsüblichen Gestaltung zu entsprechen. In der Regel ist dasselbe Bedachungsmaterial wie für das Hauptdach zu verwenden.

² Die Trauflinien des Hauptdaches dürfen durch Dachaufbauten nicht unterbrochen werden.

³ Dachaufbauten sind im Ausmass von höchstens einem Drittel der Fassadenlänge gestattet.

⁴ Dacheinschnitte sind nicht gestattet.

⁵ Einzelne Dachflächenfenster mit einer Glasfläche von max. 0.5 m² sind zulässig.

⁶ Solaranlagen sind unter Vorbehalt einer besonders guten Einordnung und Gestaltung sowie der Leistungseffizienz zugelassen. Sichtbare Solaranlagen sind in das Dach zu integrieren.

Entwurf BZO-Revision

Dachformen

¹ Als Dachform sind in der Regel Schrägdächer vorzusehen. Andere Dachformen, insbesondere Mansardendächer sind zulässig, wenn sie sich in Bezug auf die bestehenden, umgebenden Bauten rechtfertigen.

² Auf Hauptgebäuden sind gemischte Dachformen nicht zulässig.

³ In Schönenberg und Hütten sind auf Hauptgebäuden nur Satteldächer mit ortsüblicher Gestaltung vorzusehen.

Dachaufbauten

⁴ Dachaufbauten sind nur im ersten Dachgeschoss zulässig. Dachaufbauten müssen sich harmonisch ins Gebäudevolumen eingliedern und unauffällig ins Gesamtbild einordnen.

Dacheinschnitte

⁵ Dacheinschnitte sind nicht zulässig.

Dachflächenfenster

⁶ Dachflächenfenster müssen sich unauffällig ins Gesamtbild einordnen. Im zweiten Dachgeschoss sind nur einzelne Dachflächenfenster von max. 0.3 m² Glaslichtfläche und bis max. 2 % der entsprechenden Bodenfläche zulässig.

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 6 Gestaltung der Bauten

¹Bauten haben sich in allen Belangen gut in die herkömmliche charakteristische Bausubstanz einzuordnen.

² Gliederung, Materialwahl und Farbgebung der Fassaden müssen die herkömmliche, ortsübliche Bauweise berücksichtigen. Reflektierende Materialien sind nicht gestattet.

³ Türen, Tore, Fensterläden und ähnliche Fassadenteile sind in der Regel in Holz zu erstellen.

⁴ Fenster haben in der Regel die Form eines stehenden Rechtecks aufzuweisen.

⁵ Schaufenster von Ladengeschossen sind mit Fassadenpfeilern zu unterteilen.

⁶ Balkone sind in der Regel in Form von Lauben zu gestalten. Sie sind nur traufseitig zugelassen und dürfen nicht über die Giebelfassade hinausragen. In Form und Grösse hat die Proportion der Balkone in einem guten Verhältnis zu Gebäude' Fassade und Dachvorsprung zu stehen. Giebelseitig sind eingezogene fassadenbündige Loggien erlaubt.

⁷ Erker sind nur über ein Vollgeschoss zulässig. Sie dürfen in keinem Punkt über das jeweilige Dachgesims vorspringen. Die Unterkante eines Erkers muss mindestens 1.50 m über dem gestalteten Boden liegen.

⁸ Bei Bauprojekten mit besonders guter Gestaltungsqualität können Abweichungen von der ortsüblichen Gestaltung zugelassen werden.

Art. 10 Reklameanlagen

Reklameanlagen sind unaufdringlich zu gestalten; Fremdreklamen sind nicht zulässig.

Entwurf BZO-Revision

Art. 10 Balkone und Erker

Grundsatz

¹ Balkone sind im ersten und zweiten Dachgeschoss nur giebelseitig zulässig.

² Balkone, Erker und ähnliche Bauteile dürfen nur erstellt werden, wenn die Trauflinie nicht durchbrochen wird. Erker und ähnliche Bauteile müssen mind. 1.50 m über dem massgebenden Terrain liegen.

Art. 11 Kleinbauten

Kleinbauten

Kleinbauten dürfen höchstens 3 % der massgeblichen Grundstücksfläche bedecken.

Art. 12 Reklamen

Reklamen

Am Gebäude sind nur Eigenreklamen zulässig, die sich gut ins Ortsbild einfügen. Der Stadtrat kann Reklameleitlinien erlassen.

Art. 13 Garagen und Autoabstellplätze

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 9 Freiflächen, Umgebung

¹Veränderungen am gewachsenen Boden sind auf ein Minimum zu beschränken. Der gewachsene Boden darf bis höchstens 0.5 m abgegraben oder aufgeschüttet werden. Davon ausgenommen sind Ein- und Ausfahrten zu Sammelgaragen.

²Baumgruppen, Einzelbäume und Vorgärten sind möglichst zu erhalten.

⁴Es dürfen nur einheimische Bäume gepflanzt und ortsübliche Einzäunungen erstellt werden.

³ Umschwung, Ausstattung und Ausrüstung sind für sich und im Zusammenhang mit der Umgebung so zu gestalten, dass eine gute Gesamtwirkung erreicht wird.

Art. 3 Zusätzliche Bewilligungspflicht, Modell

¹Der Abbruch von Gebäuden und Gebäudeteilen sowie Renovationen, Veränderungen von Fassaden- und Dachmaterialien oder deren Farbgebung sind bewilligungspflichtig; ein gleiches gilt für die Gestaltung und Nutzweise des Umschwunges.

²Der Abbruch von Gebäuden wird bewilligt, wenn die Erstellung eines Ersatzbaues oder eines Neubaues gesichert ist oder die Baulücke das Ortsbild nicht beeinträchtigt.

³Bei Neubauten und eingreifenden Umbauten ist mit der Baueingabe ein Modell im Massstab 1:500, welches auch die Nachbarliegenschaften umfasst, einzureichen. Ergänzend dazu kann eine Visualisierung des Bauvorhabens, unter Einschluss der umgebenden Bauten, verlangt werden.

Art. 12 Renovationen

Entwurf BZO-Revision

Grundsatz Garagen, Autoabstellplätze sowie Tiefgaragenzufahrten sind unauffällig in die Umgebung einzupassen.

Art. 14 Umgebungsgestaltung

Grundsatz Die historischen Eigenarten der Umgebungsgestaltung sind zu erhalten.

Art. 15 Abbrüche

Rechtskräftige BZO Hütten

Die Gestaltungsvorschriften gelten auch für Renovationen.

1.2 Quartiererhaltungszone «Vordere Hanfländer»

Art. 13 Ausnützung / Grundmasse

¹ Bei Ersatz- oder Umbauten darf die bestehende Überbauungsziffer für Hauptgebäude bis höchstens 30% erhöht werden.

² Für besondere Gebäude gilt eine Überbauungsziffer von 5%.

³ Insgesamt darf die Überbauungsziffer für Hauptgebäude und besondere Gebäude zusammen höchstens 35% betragen.

⁴ Für Neubauten gelten die Bestimmungen der Grundmasse gemäss der Wohnzone W2A.

Art. 14 Gestaltung der Bauten

Bauliche Massnahmen haben sich in ihrer Gestaltung gut in das vorherrschende Erscheinungsbild der bestehenden Bebauung einzuordnen. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass die Einheitlichkeit der Bebauung nicht beeinträchtigt wird.

Art. 15 Nutzweise

Es sind Wohnungen sowie nicht störende Betriebe zulässig.

Entwurf BZO-Revision

Anforderungen an
Abbrüche

Der Abbruch von Gebäuden und Gebäudeteilen ist nur dann zulässig, wenn der Gebietscharakter und benachbarte Schutzobjekte nicht negativ beeinträchtigt werden oder wenn die Erstellung eines baurechtlich bewilligten neuen Projekts gesichert ist.

B. Zentrumszone

Art. 16 Grundmasse

Grundsatz

In der Zentrumszone gelten folgende Vorschriften:

Zone	Z5
------	----

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

ES	III
Vollgeschosse max.	5
Anrechenbare Dachgeschosse max.	2
Anrechenbare Untergeschosse max.	1
Traufseitige Fassadenhöhe	16.5 m
Giebelseitige Fassadenhöhe	22 m
Grundgrenzabstand min.	3.5 m
Grünflächenziffer gemäss Art. 35 *	20 %

* Die Grünflächenziffer gilt auf Grundstücken ab einer anrechenbaren Grundstücksfläche von 500 m².

Art. 17 Nutzweise

Zulässigkeit von Gewerbe In der Zentrumszone ist höchstens mässig störendes Gewerbe zulässig.

Art. 18 Dachgestaltung

Einordnung ¹ Dächer, insbesondere Dachaufbauten, Dacheinschnitte und Dachflächenfenster, sind so zu gestalten, dass sie sich harmonisch ins Gebäudevolumen einfügen und gut in den ortsbaulichen Kontext einordnen.

Dachformen ² Auf Hauptgebäuden sind gemischte Dachformen nicht zulässig.

Dachaufbauten und Dacheinschnitte ³ Dachaufbauten und Dacheinschnitte sind nur im ersten Dachgeschoss zulässig. Dacheinschnitte sind bei der Berechnung der zulässigen Länge von Dachaufbauten mitzuzählen.

Rechtskräftige BZO Hütten

1.3 Wohnzone

Art. 16 Grundmasse

Zone		W2A	W2B	W2C	W1A	W1B
Überbauungsziffer für Hauptgebäude	max. %	25.0	22.0	18.0	18.0	18.0
Überbauungsziffer für besondere Gebäude	max. %	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Vollgeschosse	max.	2	2	2	1	1
Anrechenbares Dachgeschoss	max.	1	1	1	1	1
Anrechenbares Untergeschoss	max.	1	1	--	1	1

Entwurf BZO-Revision

Dachflächenfenster ⁴ Im zweiten Dachgeschoss sind nur einzelne Dachflächenfenster von max. 1 m² Glaslichtfläche zulässig.

Art. 19 Balkone und Erker

Grundsatz ¹ Balkone sind im ersten und zweiten Dachgeschoss nur giebelseitig zulässig.

² Balkone, Erker und ähnliche Bauteile dürfen nur erstellt werden, wenn die Trauflinie nicht durchbrochen wird. Erker und ähnliche Bauteile müssen mind. 1.50 m über dem massgebenden Terrain liegen.

C. Wohnzonen, Wohn- und Gewerbezone

Art. 20 Grundmasse

Grundmasse ¹ In den einzelnen Zonen gelten folgende Vorschriften:

Wohnzonen:	W2A / 25 %	W2B / 30 %	W2C / 30 %	W2D / 40 %	W2E / 45 %	W3 / 55 %	W4 / 70 %
Ausnutzungsziffer	25 %	30 %	30 %	40 %	45 %	55 %	70 %
Empfindlichkeitsstufe	II	II	II	II	II	II	II
Vollgeschosse max.	2	2	2	2	2	3	4
Anrechenbare Dachgeschosse max.	2	2	2	2*	2	2	2
Anrechenbare Untergeschosse max.	1	0	0	1*	1	1	1

Rechtskräftige BZO Hütten

Gebäudehöhe	max. m	7.5	7.5	7.5	5.0	4.5
Gebäude-/Gesamtlänge	max. m	25.0	20.0	20.0	15.0	15.0
Grundabstand	min. m	6.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Freiflächenziffer	min. %	25.0	30.0	30.0	30.0	40.0

Entwurf BZO-Revision

Traufseitige Fassadenhöhe bei Normalbebauung max.	7.5 m	6m	7.5 m	7.5 m	7.5 m	10.5 m	13.5 m
Giebelseitige Fassadenhöhe bei Normalbebauung max.	13 m	11.5 m	13 m	13 m	13 m	16 m	19 m
Gebäuelänge max.	25 m	20 m	Wädenswil: 30 m Schönenberg und Hütten: 20 m	Wädenswil: 40 m Schönenberg: 25 m	Wädenswil: 40 m Hütten: 25 m	50 m	60 m
Grundgrenzabstand min.	5 m	4 m	4 m	5 m	5 m	5 m	5 m
Grünflächenziffer gemäss Art. 35	30 %	30 %	30 %	30 %	30 %	40 %	40 %
Ökologischer Ausgleich gemäss Art. 36	15 %	15 %	15 %	15 %	15%	25 %	25 %

*In Unter- und Dachgeschossen, die nicht ein Vollgeschoss ersetzen, dürfen die Nutzflächen im Sinne von § 255 Abs. 1 PBG zusammengerechnet max. die Hälfte der in den Vollgeschossen zulässigen Nutzflächen betragen.

Wohn- und Gewerbebezonen:	WG3A / 45 %	WG3B / 70 %	WG4 / 85 %	WG5 / 100 %
Ausnutzungsziffer	45 %	70 %	85 %	100 %
Empfindlichkeitsstufe	III	III	III	III
Vollgeschosse max.	3	3	4	5
Anrechenbare Dachgeschosse max.	2	2	2	2

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

Anrechenbare Untergeschosse max.	1	1	1	1
Taufseitige Fassadenhöhe bei Normalbebauung max.	10.5 m	10.5 m	13.5 m	16.5 m
Giebelseitige Fassadenhöhe bei Normalbebauung max.	16 m	16 m	19 m	22 m
Gebäudelänge max.	40 m	40 m	50 m	60 m
Grundgrenzabstand min.	5 m	5 m	5 m	5 m
Grünflächenziffer gemäss Art. 35 bei Nichtwohnanteil < 80 % gemäss Art. 47	40 %	40 %	40 %	40 %
Grünflächenziffer gemäss Art. 35 bei Nichtwohnanteil ≥ 80 % gemäss Art. 47	15 %	15 %	15 %	15 %
Ökologischer Ausgleich gemäss Art. 36 bei Nichtwohnanteil < 80 % gemäss Art. 49	25 %	25 %	25 %	25 %
Ökologischer Ausgleich gemäss Art. 36 bei Nichtwohnanteil ≥ 80 % gemäss Art. 47	15 %	15 %	15 %	15 %

Mehrlängenzuschlag

² In den folgenden Zonen erhöht sich der Grundgrenzabstand bei Überschreitung der Fassadenlängen gemäss nachfolgender Tabelle um ein Drittel der Mehrlänge, jedoch höchstens auf die folgenden Höchstmasse:

Zone	Fassadenlänge	Höchstmass Grundgrenzabstand + Mehrlängenzuschlag
------	---------------	---

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

W2B, W2C	20 m	8 m
W2A, W2D, W2E, WG3A, WG3B	25 [*] m	10 m
W3, W4	30 m	10 m
WG4, WG5	30 m	10 [*] m

Bei der Berechnung der für den Mehrlängenzuschlag massgeblichen Fassadenlänge werden Fassadenlängen von Hauptgebäuden, deren Gebäudeabstand 7 m unterschreitet, zusammengerechnet.

Bei Arealüberbauungen und Gestaltungsplänen kommt der Mehrlängenzuschlag nicht zur Anwendung.

Art. 17 Nutzweise / Bauweise

¹ In den Zonen W1A und W1B ist die offene Bauweise Vorschrift. In den Zonen W2A, W2B und W2C ist die geschlossene Bauweise bis zur zulässigen Gesamtlänge gestattet.

³ Der Ausbau der Untergeschosse ist nur im Rahmen der Vorschriften von Art. 16 zulässig. In den Zonen W2C, W1A und W1B sind Abgrabungen zur Freilegung von Untergeschossen, mit Ausnahme von Haus und Kellerzugängen sowie Ein- und Ausfahrten zu Einzel-, Doppel- und Sammelgaragen, verboten.

² In allen Wohnzonen ist nicht störendes Gewerbe gestattet.

Art. 21 Bauweise

Sichtbarkeit von Untergeschossen

Nicht anrechenbare Untergeschosse dürfen höchstens bis zur Hälfte der jeweiligen Fassadenfläche sichtbar sein.

Art. 22 Nutzweise

Zulässigkeit von Gewerbe

¹ In den Wohnzonen ist höchstens nicht störendes Gewerbe zulässig.

² In den Wohn- und Gewerbebezonen ist höchstens mässig störendes Gewerbe zulässig. Es gelten die minimalen Nichtwohnanteile gemäss Art. 47.

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

Art. 23 Terrassenhäuser

Grundmasse Terrassenhäuser sind nur unter der Voraussetzung der Vorlage eines privaten Gestaltungsplans gestattet.
Es gilt die zonengemässe Gebäudelängenbeschränkung. In den Wohnzonen W3 / 55 % und W4 / 70 % und in den Wohn- und Gewerbezonen WG4 / 85 % und WG5 / 100 % gilt eine Gebäudelänge von maximal 40 m.
Es gelten die besonders hohen Anforderungen gemäss § 71 PBG.

Art. 24 Gestaltung von Vorzonen

Grundsatz Entlang von Strassen darf in der Regel höchstens die Hälfte der Strassenanstosslänge für Parkplätze, Vorplätze und Hauszugänge verwendet werden.

Art. 25 Spiel-, Ruhe- und Gartenflächen

Mindestfläche Bei Mehrfamilienhäusern sind an geeigneter Lage Spiel-, Ruhe- oder Gartenflächen im Ausmass von mindestens 20 % der zum Wohnen anrechenbaren Geschossfläche herzurichten.

Art. 17 Dachformen, Dachaufbauten und -einschnitte

¹ Auf Hauptgebäuden sind nur Schrägdächer mit einer Neigung von 25° bis 45° alter Teilung zulässig. Für besondere Gebäude im Sinne des PBG

Art. 26 Dachgestaltung

Einordnung ¹ Dächer, insbesondere Dachaufbauten, Dacheinschnitte und Dachflächenfenster, sind so zu gestalten, dass sie sich harmonisch in das Gebäudevolumen einfügen und sich gut in den ortsbaulichen Kontext einordnen.

Dachformen ² Auf Hauptgebäuden sind gemischte Dachformen nicht zulässig.

Rechtskräftige BZO Hütten

können auch Pultdächer mit geringerer Neigung oder Flachdächer gestattet werden.

² Dachaufbauten, Dacheinschnitte und dergleichen sind im Ausmass von höchstens einem Drittel der Fassadenlänge gestattet. Dachaufbauten sind als Lukarnen oder Schleppgauben auszubilden. Die Dachneigung der Dachaufbauten muss minimal 3° alter Teilung betragen.

³ Die Glasfläche von Dachflächenfenstern darf pro Fenster maximal 0.7 m² betragen. Die Fenster sind hochrechteckig anzuordnen.

⁴ Nichtanrechenbare Dachgeschosse dürfen weder natürlich belichtet noch beheizt werden.

1.4 Gewerbezone

Art. 19 Grundmasse

Baumassenziffer	max.	m ³ /m ²	2.0
Gebäudehöhe	max.	m	8.0

Entwurf BZO-Revision

Dachformen in Schönenberg und Hütten ³ In Schönenberg und Hütten sind auf Hauptgebäuden Schrägdächer mit ortsüblicher Gestaltung vorzusehen. Abweichungen sind zulässig, wenn damit eine bessere Einordnung ins Ortsbild gewährleistet werden kann.

Dachaufbauten ⁴ Dachaufbauten sind nur im ersten Dachgeschoss zulässig.

Dacheinschnitte ⁵ Dacheinschnitte sind nur im ersten Dachgeschoss zulässig. Dacheinschnitte sind bei der Berechnung der zulässigen Länge von Dachaufbauten mitzuzählen.

Dachflächenfenster ⁶ Im zweiten Dachgeschoss sind nur einzelne Dachflächenfenster von max. 1 m² Glaslichtfläche zulässig.

D. Industrie- und Gewerbezone

Art. 27 Grundmasse

Grundsatz

In der Industrie- und Gewerbezone gelten folgende Vorschriften:

Zonen	Industrie- und Gewerbezone		
	IGA	IGB	IGC
Baumassenziffer, max.	8.0 m ³ /m ²	6.0 m ³ /m ²	4.0 m ³ /m ²
Überbauungsziffer max.	60 %	60 %	50 %
Empfindlichkeitsstufe	IV	III	III
Gesamthöhe	22 m	18 m	15 m

Rechtskräftige BZO Hütten

Gebäude- /Gesamtlänge	max.	m	50.0
Grundabstand	min.	m	5.0
Art.20 Erhöhter Grenzabstand			
Gegenüber Grundstücken in Wohnzonen gilt der Grenzabstand der entsprechenden Wohnzone (inkl. Mehrlängenzuschlag und Mehrhöhenzuschlag).			

Art. 21 Nutzweise / Bauweise

In der Gewerbezone sind industrielle und gewerbliche Bauten gestattet. Ferner sind Handels- und Dienstleistungsbetriebe zugelassen. Sämtliche Betriebe dürfen höchstens mässig störend sein. Das Zusammenbauen bis zur zonengemäss zulässigen Gesamtlänge ist gestattet.

Art. 22 Sonderbauvorschriften für zusätzliche Nutzweise Wohnen

¹ Die Gewerbezone kann alternativ zu den Bestimmungen der Bauordnung nach den Sonderbauvorschriften gemäss den nachstehenden Bestimmungen überbaut werden.

² Zusätzlich zu den ordentlichen Nutzweisen in der Gewerbezone ist die Wohnnutzung gestattet, sofern:

- die Wohnnutzung maximal 35% der zulässigen bzw. der vorgesehenen oberirdischen Baumasse nicht überschreitet
- das erste nutzbare Geschoss vollumfänglich dem Gewerbe dient

Entwurf BZO-Revision

Grundgrenzabstand min.	1/2 der effektiven Gesamthöhe, jedoch mind. 3.5 m	1/2 der effektiven Gesamthöhe mind 3.5 m	6 m
Grünflächenziffer gemäss Art. 35	15 %	15 %	15 %
Ökologischer Ausgleich gemäss Art. 36	15 %	15 %	15 %

Art. 28 Nutzweise

Nutzweise generell

¹ In der IGA sind stark störende Betriebe zulässig. In der IGB und IGC sind höchstens mässig störende Betriebe zulässig. Wohnnutzungen und wohnähnliche Nutzungen (Hotel, Kita, Pflegeheime und dergleichen) sind mit Ausnahme von Wohnungen für standortgebundene Betriebsangehörige nicht zulässig.

Handels- und Dienstleistungsbetriebe

² Handels- und Dienstleistungsbetriebe sind in allen Industrie- und Gewerbebezonen grundsätzlich zulässig.

Rechtskräftige BZO Hütten

- das Projekt die Anforderungen an Arealüberbauungen gemäss § 71 PBG erfüllt
- eine vollständige Baueingabe über die ganze Zone oder über eine planerisch und ortsbaulich zweckmässige Bauzonenfläche vorliegt
- die entsprechende Überbauung des ganzen Gebietes oder des jeweiligen Teilgebietes rechtlich gesichert ist.

³ Bei einer etappierten Ausführung von Bauvorhaben sind die Bauten so zu realisieren, dass der maximal zulässige Wohnanteil bei jedem Zwischenstand nicht überschritten wird.

⁴ Im Übrigen gelten die Vorschriften der Gewerbezone Art. 19 ff. der Bau- und Zonenordnung.

Entwurf BZO-Revision

Verkaufsgeschäfte im Gebiet Au

³ In der IGC im Gebiet Au sind Verkaufsflächen von Verkaufs- und Ausstellungsgeschäften des Detailhandels oder Zusammenfassungen von solchen auf max. 1'000 m² pro Objekt begrenzt.

Verkaufsgeschäfte in den übrigen Gebieten der IGA, IGB und IGC

⁴ In den übrigen Gebieten der IGA, IGB und IGC dürfen Fabrikläden, Ausstellungsräume sowie übrige betriebsnotwendige Verkaufsflächen von vor Ort produzierenden oder tätigen Betrieben gesamthaft pro Betrieb nicht mehr als einen Drittel der jeweils realisierten oberirdischen Geschossfläche pro Gebäude betragen. Übrige Verkaufsgeschäfte sind bis zu einer maximalen Verkaufsfläche von 150 m² zulässig. Verkaufs- und Ausstellungsflächen von Verkaufsgeschäften mit sperrigem Warenangebot oder Zusammenfassungen von solchen sind auf max. 1'000 m² pro Objekt begrenzt.

Art. 29 Rücksicht auf angrenzende Wohnzonen

Abstand von Wohnzonen

Gegenüber angrenzenden Wohnzonen sowie Wohn- und Gewerbezone gilt ein Grenzabstand von mindestens 10 m, wobei Zonengrenzen wie Grundstücksgrenzen wirken.

1.5 Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen

E. Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen, Erholungszonen, provisorische Weilerzone

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 23 Grundmasse

Bauten haben gegenüber den privaten Nachbargrundstücken die Grenz- und Gebäudeabstände der betreffenden angrenzenden Bauzone (inkl. Mehrlängenzuschlag und Mehrhöhenzuschlag) einzuhalten; gegenüber der Erholungszone und der Freihaltezone gilt ein Grenzabstand von mindestens 5.0 m.

2 Kommunale Freihaltezone

Art. 24 Freihaltezone

Es gelten die Bestimmungen des Planungs- und Baugesetzes.

3 Erholungszone

Art. 25 Erholungszone

³ Bauten haben gegenüber den privaten Nachbargrundstücken die Grenz- und Gebäudeabstände der betreffenden angrenzenden Bauzone (inkl. Mehrlängenzuschlag und Mehrhöhenzuschlag) einzuhalten. Gegenüber Nichtbauzonen gilt ein Gebäudeabstand von 5.0 m.

Entwurf BZO-Revision

Art. 30 Zone für öffentliche Bauten und Anlagen

Grundsatz	¹ In der Zone Oe gelten die kantonalrechtlichen Massvorschriften.
Abstände gegen Private	² Gegenüber privaten Nachbargrundstücken gilt ein Grenzabstand von der Hälfte der effektiven Gesamthöhe, mindestens jedoch 5 m gegenüber Wohnzonen und 3.5 m gegenüber Kernzonen.
Empfindlichkeitsstufe	³ Die in den einzelnen Teilgebieten massgebliche Empfindlichkeitsstufe ist im Zonenplan bezeichnet.
Ökologischer Ausgleich	⁴ In der Zone Oe sind mindestens 25 % der anrechenbaren Grundstücksfläche im Sinne des ökologischen Ausgleichs naturnah zu gestalten.

Art. 31 Erholungszonen

Einordnung	¹ Zulässige Bauten und Anlagen müssen sich gut ins Orts- und Landschaftsbild einfügen.
Empfindlichkeitsstufe	² In den Erholungszonen gilt generell die Empfindlichkeitsstufe III gemäss LSV mit Ausnahme des Teilgebiets Schiessplatz Beichlen.
Grenzabstand	³ Gegenüber Grundstücken, die in einer anderen Zone liegen, sind die Grenzabstände jener Zone einzuhalten. Im Übrigen gelten die kantonalen Bauvorschriften.

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

Strassen- und Wegabstand

⁴ An Strassen und Wegen ohne Baulinien haben unterirdische Bauten einen Abstand von 2 m gegenüber der Strassengrenze einzuhalten.

Teilgebiete

⁵ In den einzelnen Teilgebieten gelten zusätzlich folgende Nutzungs- und Bauvorschriften:

Teilgebiet:	Zulässige Nutzung	Besondere Bauvorschriften
Bachgaden	Badewiese	Zulässig sind dem Betrieb dienende Kleinbauten und Anlagen.
Beichlen	Sport- und Freizeitanlagen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die maximale Gesamthöhe für Bauten beträgt 7.5 m.
Büelen	Parkanlage, Spielräume	Keine Bauten zulässig, Anlagen sind zulässig
Gerberacher	Familiengärten	Zulässig sind dem Betrieb dienende Kleinbauten und Anlagen.
Gerenholz	Autobahnrastplatz und Standplatz für Fahrende, Reitsportanlagen inkl. Reithalle	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die maximale Gesamthöhe für Bauten beträgt 7.5 m.
Halbinsel Au	Restaurant und Hotel mit Parkplätzen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die Bauvorschriften sind im Rahmen eines Gestaltungsplans festzulegen.
Hottenmoos	Familiengärten	Zulässig sind dem Betrieb dienende Kleinbauten und Anlagen.
Hütten	Sport- und Freizeitanlagen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die maximale Gesamthöhe für Bauten beträgt 7.5 m.

¹Zulässig sind Bauten und Anlagen für den Betrieb, die Bewirtschaftung und Pflege von Sport- und Freizeitanlagen.

² Es gelten folgende Grundmasse:

Überbauungsziffer max. % 25
für Hauptgebäude

Rechtskräftige BZO Hütten

Überbauungsziffer für Nebengebäude	max.	%	10
Gebäudehöhe	max.	m	7.5
Gebäude-/Gesamtlänge	max.	m	25

Entwurf BZO-Revision

Meilibach	Erholungsflächen und Spielraum am See, Badewiese, Parkanlage mit Erholungs-, Versorgungs- und Gastronomieeinrichtungen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die maximale Gesamthöhe für Bauten beträgt 3.5 m.
Naglikon West	Erholungsflächen und Spielraum am See, Badewiese, Parkanlage mit Gastronomieeinrichtungen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die maximale Gesamthöhe für Bauten beträgt 3.5 m.
Naglikon Ost	Badeanlage mit engem Bezug zum See	Keine Bauten und Anlagen zulässig.
Neubüel	Tennisanlage	Bauten und Anlagen im bestehenden Umfang und Erscheinungsbild.
Rothus	Erholungsflächen am See, Hafenanlagen und Badanlagen mit engem Bezug zum See	Zulässig sind dem Betrieb dienende Kleinbauten und Anlagen.
Schönegg I	Sport und Freizeitanlagen, Spielraum	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die maximale Gesamthöhe für Bauten beträgt 3.5 m.
Schönegg II	Gastronomie und Hotel mit Parkplätzen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die Bauvorschriften sind im Rahmen eines Gestaltungsplans festzulegen.
Schönenberg	Sport- und Freizeitanlagen	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die Bauvorschriften sind im Rahmen eines Gestaltungsplans festzulegen.
Schönenberg Golfplatz	Sport- und Freizeitanlagen sowie Gastronomie in Zusammenhang mit Golfplatz	Zulässig sind dem Betrieb dienende Bauten und Anlagen. Die Bauvorschriften sind im Rahmen eines Gestaltungsplans festzulegen.

Rechtskräftige BZO Hütten

der Zone für öffentliche Bauten sind die Vorschriften der Art. 19 - 20 resp. 23 zu beachten.

² Bei der Berechnung der Fassadenlänge sind besondere Gebäude im Sinne des PBG mit der Hälfte ihrer Länge zu berücksichtigen.

Art. 35 Bepflanzung

¹ Die im einstweiligen Inventar der schutzwürdigen Objekte bezeichneten Bäume und Baumgruppen dürfen nur mit Bewilligung beseitigt werden. Auf geeigneten Teilen des Gebäudeumschwungs sind angemessene Neupflanzungen vorzusehen, soweit sie die ordentliche Grundstücknutzung nicht übermässig erschweren.

Entwurf BZO-Revision

F. Begrünung, Umgebungsgestaltung

Art. 33 Grundsatz

Grundsatz Der Nachweis der nachfolgenden Vorschriften zu Begrünung und Umgebungsgestaltung hat mit einem Umgebungsplan, welcher mit dem Baugesuch einzureichen ist, zu erfolgen.

Art. 34 Neupflanzungen von Bäumen

Grundsatz In den Wohnzonen, in den Wohn- und Gewerbebezonen sowie in den Industrie- und Gewerbebezonen ist pro 300 m² anrechenbare Grundstücksfläche mindestens ein Baum oder ein hochwachsender Busch zu pflanzen.

Art. 35 Grünflächenziffer

Grundsatz Die gemäss der Grünflächenziffer erforderlichen Grünflächen sind zu erhalten und fachgerecht zu unterhalten.

Art. 36 Umgebungsgestaltung

Rechtskräftige BZO Hütten

² Bei unterirdischen Gebäuden und Gebäudeteilen sowie bei Gebäuden mit Flachdächern kann eine Dachbegrünung verlangt werden.

Entwurf BZO-Revision

Ökologischer Ausgleich ¹ Die gemäss den Bauvorschriften der jeweiligen Zonen bezeichneten Anteile an der anrechenbaren Grundstücksfläche sind im Sinne des ökologischen Ausgleichs naturnah zu gestalten, fachgerecht zu unterhalten und bei Abgang zu ersetzen. Ökologisch wertvoll begrünte Flächen auf Flachdächern und auf Dächern von Tiefgarageneinfahrten sind zu 100 % an die erforderlichen ökologischen Ausgleichsflächen anrechenbar.

Pflanzenarten ² Bei Neu- und Umbauten dürfen keine invasiven oder potenziell invasive Pflanzenarten gemäss der Liste der gebietsfremden Arten des Bundesamts für Umwelt verwendet werden.

Mauern und Einfriedungen ³ Zur Sicherstellung einer befriedigenden Gesamtwirkung in den Wohnzonen sowie in den Wohn- und Gewerbezone dürfen freistehende Mauern, Stützmauern und geschlossene Einfriedungen gegenüber Strassen und Plätzen max. 1.5 m hoch in Erscheinung treten. Wenn die freistehenden Mauern, Stützmauern und geschlossenen Einfriedungen aber jene Höhe überschreiten, müssen sie je um die Hälfte der Höhe über 150 cm von der Grenze entfernt werden. Die Bestimmungen der kantonalen Verkehrserschliessungsverordnung gehen dieser Bestimmung vor.

Art. 37 Dachbegrünung

Grundsatz Flachdächer von Hauptgebäuden sowie von Tiefgarageneinfahrten sind, soweit sie nicht als begehbare Terrasse benutzt werden, zu begrünen, auch dort, wo Solaranlagen installiert sind.

Art. 38 Siedlungsrand

Grundsatz ¹ Zur Sicherstellung einer befriedigenden Gesamtwirkung ist auf Grundstücken, die an Nichtbauzonen angrenzen, auf eine sorgfältige Gestaltung des Siedlungsrandes zu achten.

Mauern und Einfriedungen ² Am Siedlungsrand dürfen in der Regel keine durchgehenden Mauern, dichte Einfriedungen oder steile Böschungen erstellt werden.

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 28 Grenzabstand gegenüber der Landwirtschaftszone

Gegenüber der kantonalen und kommunalen Landwirtschaftszone gilt ein Grenzabstand von mindestens 3.5 m.

Entwurf BZO-Revision

Bepflanzung ³ Für die Bepflanzung entlang der Siedlungsränder sind standortgemässe Pflanzen zu verwenden.

Art. 39 Ausführungsverordnung

Grundsatz ¹ Die Voraussetzungen für die Anrechenbarkeit von Flächen an den ökologischen Ausgleich gemäss Art. 36 Abs. 1 werden in einer Ausführungsverordnung geregelt.

Erlass durch den Gemeinderat ² Die Ausführungsverordnung wird durch den Gemeinderat erlassen, geändert oder aufgehoben.

Anrechenbarkeit an den ökologischen Ausgleich ³ Die Ausführungsverordnung definiert eine Auswahl von Elementen der ökologisch wertvollen Grünflächengestaltung und deren Anrechenbarkeit an den ökologischen Ausgleich.

Hinweise zur fachgerechten Pflege ⁴ Hinweise zur fachgerechten Pflege der ökologisch wertvoll begrünter Flächen werden in einem separaten Merkblatt aufgeführt, welches nicht Bestandteil der Ausführungsverordnung ist.

G. Allgemeine Bauvorschriften

Art. 40 Dachgestaltung

Attikageschoss ¹ Bei Attikageschossen dürfen Dachaufbauten bergseitig 100 % der zugehörigen Fassadenlänge betragen, wenn auf diese Seite unter Einbezug der Höhe des Attikageschosses die zulässige traufseitige Fassadenhöhe eingehalten wird. Talseitig ist dabei auf Dachaufbauten zu verzichten.

² Die Flachdächer über Attikageschossen dürfen nicht als begehbare Terrassen genutzt werden.

Schrägdächer ³ Die Dachgestaltung ist so zu wählen, dass die Neigung der Dachflächen höchstens 45° aufweist. Dies gilt auch für die Neigung der fiktiven Dachflächen bei Attikageschossen. Die fiktive Dachfläche von Attikageschossen bestimmt sich durch die Verbindung der maximalen traufseitigen Fassadenhöhe sowie den

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 32 Besondere Gebäude, Grenzabstand, Gebäudelänge und Näher- bzw. Grenzbau

² Der Anbau von besonderen Gebäuden an Hauptgebäude ist bis zur zulässigen Gebäudelänge gestattet, wobei die Länge der besonderen Gebäude zur Hälfte zählt.

¹ Für besondere Gebäude gilt ein allseitiger Grenzabstand von 3.5 m.

³ Besondere Gebäude deren Gesamtfläche 40 m² und die grösste Höhe von 3.5 m nicht übersteigen, dürfen seitlich wie rückwärtig bis an die Grenze gestellt werden, wenn

- nicht mehr als ein Drittel der gemeinsamen Grenze beansprucht wird und
- überdies die feuerpolizeilichen Belange gewahrt werden.

Art. 29 Strassenabstand für unterirdische Gebäude

Entwurf BZO-Revision

traufseitigen Messpunkten der Gesamthöhe bei einem Attikageschoss. In den Kernzonen und der Zentrumszone sind Abweichungen zulässig, wenn damit eine bessere Einordnung in Bezug auf die bestehenden umgebenden Bauten gewährleistet werden kann.

Art. 41 Geschlossene Bauweise

Grundsatz Die geschlossene Bauweise ist bis zur zonengemässen maximalen Gebäudelänge zulässig.

Art. 42 Vorspringende Gebäudeteile

Abstand gegenüber Nachbargrundstücken Vorspringende Gebäudeteile müssen gegenüber Nachbargrundstücken mindestens den minimalen kantonalrechtlichen Abstand gemäss § 270 Abs. 1 einhalten.

Art. 43 Kleinbauten

Kleinbauten ¹ Kleinbauten dürfen in Wohnzonen höchstens 5 % der massgeblichen Grundstücksfläche bedecken.

Gebäudelänge ² Anbauten werden an die maximale Gebäudelänge angerechnet.

Art. 44 Abstände an Strassen und Wegen ohne Baulinien

Rechtskräftige BZO Hütten

Unterirdische Gebäude haben von öffentlichen und privaten Strassen, Wegen und Plätzen, die keine Baulinien aufweisen, einen Abstand von 3.5 m einzuhalten.

Art. 36 Fahrzeugabstellplätze

¹Je ein Personenwagen-Abstellplatz ist zu schaffen:

- pro 80 m² Nettogeschossfläche für Wohnzwecke, mindestens aber für jede Wohnung.
- pro 40 m² Nettogeschossfläche für Läden, publikumsintensives Gewerbe und Büros.

Bruchteile von Abstellplätzen sind arithmetisch zu runden. Bei Einfamilienhäusern werden ausreichend dimensionierte Garagenvorplätze angerechnet.

²Bei anderen Nutzungen oder besonderen Verhältnissen bestimmt sich die nötige Anzahl Fahrzeug-Abstellplätze nach den geltenden Normen der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachleute.

³Bei Mehrfamilienhäusern und Einfamilienhaussiedlungen sind 10% der gemäss Abs.1 nötigen Anzahl Plätze, mindestens aber ein Abstellplatz, zusätzlich als Besucherparkplätze zu erstellen und zu bezeichnen.

Art. 37 Ersatzabgabe und Beteiligungspflicht

¹Ist die Erstellung von Abstellplätzen gemäss Art. 36 auch in Form der Beteiligung an einer Gemeinschaftsanlage nicht möglich oder durch behördlichen Entscheid nicht zulässig, so ist eine angemessene Ersatzabgabe zu leisten.

²Die Bemessung der Ersatzabgabe und das Verfahren im Streitfall über deren zulässige Höhe richtet sich nach § 246 Abs. 3 und 4 PBG. Der Gemeinderat kann jedoch vor Baubeginn Kautonierung verlangen, und zwar für jeden nicht ausgeführten Abstellplatz

- in der Kernzone Fr. 8'000.-
- in den übrigen Zonen Fr. 6'000.-

Entwurf BZO-Revision

Unterirdische Bauten

An Strassen und Wegen ohne Baulinien haben unterirdische Bauten und Unterniveaubauten einen Abstand von 2 m gegenüber öffentlichen Strassen, Wegen und Plätzen einzuhalten.

Art. 45 Fahrzeugabstellplätze

Abstellplatzverordnung

Über Zahl, Lage und Gestaltung von Abstellplätzen, Gemeinschaftsanlagen für Parkierung und Ersatzabgaben erlässt der Gemeinderat eine Abstellplatzverordnung.

Rechtskräftige BZO Hütten

³ Die Ansetzung dieser Kautions basiert auf dem Baukostenindex der Stadt Zürich, Stand 1. April 1993 und ist jeweils auf Jahresanfang der Indexentwicklung anzupassen.

⁴ Bei Realerfüllung innert 10 Jahren wird die Ersatzabgabe zinsfrei an den Grundeigentümer zurückerstattet. Berechtig ist der jeweilige Grundeigentümer zurzeit der Realerfüllung.

⁵ 10 Jahre nach Bezugsbewilligung für das Objekt wird die Kautions automatisch zur definitiven Ersatzabgabe, sofern während dieser Zeit das Schätzungsverfahren nach § 246 Abs. 3 und 4 PBG nicht verlangt wurde.

Art. 38 Abstellflächen für Kinderwagen, Fahrräder und Motorräder

In Mehrfamilienhäusern und Einfamilienhaussiedlungen sind in der Nähe des Hauseinganges oder Hauptzuganges genügend grosse, leicht zugängliche Abstellräume oder -flächen für Kinderwagen, Fahrräder und Motorfahräder bereitzustellen.

Art. 39 Spielplätze und Ruheflächen

¹ Bei der Erstellung von Mehrfamilienhäusern und Einfamilienhaussiedlungen ab 4 Wohnungen sind besonnte Spiel- und Ruheflächen abseits vom Verkehr anzulegen.

² Die Spiel- und Ruheflächen haben in den Wohnzonen mindestens 20%, in den Kernzonen mindestens 10% der zu Wohnzwecken verwendbaren Geschossfläche aufzuweisen.

³ Die Spiel- und Ruheflächen sind durch eine öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung vor Baubeginn zu sichern.

Art. 40 Aussenantennen / Parabolspiegel

Aussenantennen und Parabolspiegel dürfen nur unauffällig in Erscheinung treten, was mit einer entsprechenden Farb- und Standortwahl sicherzustellen ist

Entwurf BZO-Revision

Art. 46 Lichtemissionen

Grundsatz

Unnötige Lichtemissionen sind gemäss den Empfehlungen von Bund und Kanton, bzw. den Grundsätzen der Norm SN 586 491 SIA «Vermeidung unnötiger Lichtemissionen im Aussenraum» zu vermeiden.

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 30 Gebäudehöhe

Die Verkehrsbaulinien sind für das Mass der Gebäudehöhe nicht zu beachten.

Art. 31 Nachträgliche Aussenisolation

...

Art. 33 Gebäude mit brennbaren Aussenwänden

Die Abstandsverschärfung für Gebäude mit brenn-baren Aussenwänden findet für besondere Gebäude keine Anwendung.

Art. 34 Nebenräume zu Wohnungen

Für Wohnungen mit bis 3 Zimmern sind wohnungszugehörige Nebenräume mit einer Gesamtnutzfläche von mind. 8 m²; für Wohnungen mit mehr als 3 Zimmern von mind. 10 m² zu erstellen.

Entwurf BZO-Revision

H. Besondere Nutzungs- und Bauvorschriften

Art. 47 Nutzungsanteile

Nichtwohnanteil	¹ Von den realisierten anrechenbaren Flächen eines Grundstücks oder Grundstücksteils ist mindestens der im Ergänzungsplan «Mischnutzung» bezeichnete Anteil als Nichtwohnfläche vorzusehen. Als anrechenbare Flächen zählen alle dem Wohnen, Arbeiten oder sonst dauernden Aufenthalt dienenden oder hierfür verwendbaren Flächen in Voll-, Dach- und Untergeschossen unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessungsflächen, Sanitärräume samt inneren Trennwänden. Abweichungen von den Nichtwohnanteilen sind möglich, falls der Schutzwert eines Gebäudes nachweislich negativ tangiert wird.
Nutzungstransfer	² Nutzungstransfers sind innerhalb den im Ergänzungsplan «Mischnutzung» bezeichneten Mischgebieten zulässig. Nutzungstransfers sind spätestens vor Baubeginn im Grundbuch anzumerken.

Rechtskräftige BZO Hütten

IV Arealüberbauungen

Art. 41 Zulässigkeit, Mindestfläche

Entwurf BZO-Revision

Art. 48 Preisgünstiger Wohnraum

Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum Auf den im Ergänzungsplan «preisgünstiger Wohnraum» bezeichneten Grundstücken müssen mindestens 20 % der für Wohnnutzungen realisierten anrechenbaren Flächen dem preisgünstigen Wohnraum gemäss § 49b PBG dienen. Als anrechenbare Flächen zählen alle dem Wohnen dienenden oder hierfür verwendbaren Flächen in Voll-, Dach- und Untergeschossen unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessungsflächen, Sanitärräume samt inneren Trennwänden.

Art. 49 Erdgeschossnutzung

Publikumsorientierte Erdgeschossnutzung In Erdgeschossen, die den im Ergänzungsplan «Erdgeschossnutzung» bezeichneten, massgeblichen Strassenräumen und Plätzen zugewandt sind, sind in der ersten Raumtiefe nur publikumsorientierte Nutzungen wie z. B. Gaststätten, Verkaufsgeschäfte, Postschalter zulässig.

Art. 50 Aussichtsschutz

Grundsatz ¹ Im Umfeld der im Zonenplan bezeichneten Aussichtspunkte ist dem Erhalt der Aussicht auf die primären Landschaftsmerkmale wie den See und die offene Landschaft angemessen Rechnung zu tragen.

Aussichtsschutzbereiche ² Innerhalb den im Ergänzungsplan «Aussichtsschutz» bezeichneten Aussichtsschutzbereichen dürfen Bauten und Anlagen sowie Bepflanzungen die bezeichnete Aussichtsschutzebene nicht durchstossen. Davon ausgenommen sind kleinere technisch bedingte Aufbauten, einzelne Bäume und Sträucher, welche die Aussicht auf die primären Landschaftsmerkmale nicht wesentlich beeinträchtigen.

V. Besondere Institute

I. Arealüberbauungen

Art. 51 Zulässigkeit, Mindestfläche, Anforderungen

Rechtskräftige BZO Hütten

Arealüberbauungen sind nur in den Wohnzonen W2A und W2B sowie der Gewerbezone G zulässig. Die Mindestarealfläche beträgt 4'000 m².

Art. 44 Gebäudehöhe

In der Gewerbezone G darf die Gebäudehöhe um 1 m erhöht werden.

Art. 42 Ausnutzungszuschlag

Die Überbauungsziffer bzw. die Baumassenziffer kann um höchstens einen Zehntel erhöht werden.

Art. 45 Anrechenbarkeit unterirdischer Gebäude bei der Überbauungsziffer

Unterirdische Gebäude und Gebäudeteile sowie oberirdische, die den gewachsenen Boden um nicht mehr als einen halben Meter überragen und die keine Öffnungen gegen Nachbargrundstücke aufweisen, können zusätzlich zu den in Art. 5, 16 und 25 mit Überbauungsziffern festgelegten Bauten erstellt werden.

Entwurf BZO-Revision

Zulässigkeit	¹ Arealüberbauungen sind in den Kernzonen, in der W2B und W2C sowie in den Industrie- und Gewerbebezonen nicht zulässig. ² Ausnutzungstransfers mit Grundstücken, die ausserhalb des Arealüberbauungsperimeters liegen, sind nicht zulässig.
Mindestfläche	³ Die Mindestarealfläche beträgt 4'000 m ² .
Anforderungen	⁴ Gestützt auf § 71 PBG sind insbesondere die folgenden Anforderungen zu beachten: a) Nachweis einer nachhaltigen Energielösung b) Nachweis eines Mobilitätskonzepts mit dem Ziel der Reduktion des MIV-Verkehrsaufkommens c) Berücksichtigung des Lokalklimas und Förderung der Biodiversität

Art. 52 Besondere Bauvorschriften

Gebäudehöhe	¹ Es ist ein zusätzliches Vollgeschoss und eine um 3.0 m höhere traufseitige Fassadenhöhe zulässig.
Ausnutzungszuschlag	² Die Ausnutzungsziffer der Regelbauweise darf um maximal 1/10 erhöht werden. ³ Für die Berechnung der zulässigen, nicht an die Ausnutzungsziffer anrechenbaren Fläche in Dach- und Untergeschossen gemäss § 255 Abs. 3 PBG ist die effektive Anzahl der projektierten Vollgeschosse massgebend.

Rechtskräftige BZO Hütten

Art. 43 Grenz- und Gebäudeabstände

Innerhalb des Areals gelten die Vorschriften des PBG. Gegenüber Drittgrundstücken gelten die Bauordnungsgemässen Abstände inkl. allfällige Mehrlängen- und Mehrhöhenzuschläge.

Entwurf BZO-Revision

Gebäudelänge ⁴ Die Gebäude- und die Gesamtlänge sind nicht beschränkt.

Abstände ⁵ Innerhalb der Arealüberbauung gelten für die Grenz- und Gebäudeabstände die kantonalen Abstandsvorschriften. Gegenüber Grundstücken und Gebäuden ausserhalb der Arealüberbauung sind die zonengemässen Abstände einzuhalten.

Ergänzungs-, Ersatz- und wesentliche Umbauten ⁶ Ergänzungs-, Ersatz- und wesentliche Umbauten bestehender Arealüberbauungen sind zulässig, sofern sie nach einheitlichen Gestaltungsgrundsätzen erfolgen und den erhöhten Anforderungen gemäss § 71 PBG genügen.

J. Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften

Art. 53 Gestaltungspläne

Qualitative Grundanforderungen ¹ Mit Ausnahme des Ergänzungsplans Städtebau Mittelort / Riedhof sind bei Gestaltungsplänen Bauten und Anlagen sowie deren Umschwung für sich und in ihrem Zusammenhang mit der baulichen und landschaftlichen Umgebung im Ganzen und in Teilen so zu gestalten, dass eine besonders gute Gesamtwirkung gemäss § 71 PBG erreicht wird. Gestützt auf § 71 PBG sind insbesondere die folgenden Anforderungen zu beachten:

- Nachweis einer nachhaltigen Energielösung
- Nachweis eines Mobilitätskonzepts mit dem Ziel der Reduktion des MIV-Verkehrsaufkommens
- Berücksichtigung des Lokalklimas und Förderung der Biodiversität

Gestaltungsplanpflicht ² Für die im Zonenplan bezeichneten Gebiete müssen Gestaltungspläne gemäss §§ 83 ff. PBG aufgestellt werden. Wo eine zweckmässige Unterteilung des Gebiets möglich ist, können mehrere Gestaltungspläne aufgestellt werden. Diese müssen nicht für alle Teilbereiche gleichzeitig festgesetzt werden. Die einzelnen Gestaltungspläne sind auf die nachstehenden gebietsspezifischen Ziele auszurichten.

Art. 54 Zielsetzung für Gebiete mit Gestaltungsplanpflicht

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

MEWA-Areal

- ¹ Mit den Gestaltungsplanfestlegungen für das MEWA-Areal sind zumindest die folgenden Sachverhalte verbindlich zu regeln:
- Quartier-, ortsbild- und landschaftsverträgliche Überbauung, Gestaltung und Nutzweise unter Sicherstellung einer attraktiven Freiraumgestaltung, eines funktionierenden Anschlusses des Erdgeschosses an die Höhenlage der Zugerstrasse und des notwendigen und städtebaulich zweckmässigen Lärmschutzes für die Wohnnutzung.
 - Sicherstellen von mindestens 20 % der Gesamtnutzflächen für Arbeiten.
 - Hochhäuser im Sinne von § 282 PBG sind im gesamten Gestaltungsplangebiet ausgeschlossen.
 - Sichern des erforderlichen Gewässerraumes für den Gulmen- und den Muslibach unter Beachtung einer naturnahen Ausgestaltung der gewässernahen Freiräume sowie des hinreichenden Hochwasserschutzes und der Integration ins Bauungskonzept.
 - Sichern von räumlich sorgfältig gestalteten Übergängen zu den Nachbarquartieren.
 - Sicherstellen eines zweckmässigen, öffentlichen Wegnetzes für den Langsamverkehr im Areal mit sicheren und geeigneten Übergängen in die Nachbarquartiere.
 - Energetische Vorgaben: Mindestens Minergiestandard oder alternativ SIA-Effizienzpfad Energie (SIA 2040).
- Die Option zur Unterteilung des Gestaltungsplangebiets und die Aufstellung mehrerer Gestaltungspläne nach Art. 53 Abs. 2 findet keine Anwendung.

Landschaftsfenster Au

- ² Mit den Gestaltungsplanfestlegungen für das Landschaftsfenster Au sind zumindest die folgenden Sachverhalte verbindlich zu regeln:
- Ausscheiden eines Freihaltebereichs über eine minimale Länge von 100 Meter zwischen Seestrasse und Landwirtschaftszone (Landschaftsfenster)
 - Ausgestaltung des Freihaltebereichs als qualitativ hochwertiger naturnaher oder landwirtschaftlich geprägter Grünräume
 - Sorgfältige Gestaltung der Übergänge des Freihaltebereichs zur angrenzenden Bebauung
 - Sicherstellen eines angenehmen Siedlungsklimas und Erhalt der Kaltluftströme durch entsprechende Ausgestaltung und Anordnung des Landschaftsfensters sowie weitere geeignete Massnahmen
 - Minimierung negativer Auswirkungen auf geschützte Naturräume im Nahbereich des Areals
 - Sicherstellen eines adäquaten Lärmschutzes
- Die Option zur Unterteilung des Gestaltungsplangebiets und zur Aufstellung mehrerer Gestaltungspläne nach Art. 53 Abs. 2 findet keine Anwendung.

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

Bahnhof Au

³ Mit den Gestaltungsplanfestlegungen für den Bereich Bahnhof Au sind zumindest die folgenden Sachverhalte verbindlich zu regeln:

- Sicherstellung eines Zentrumsgebiets im Sinne der Erkenntnisse der Testplanung Au mit gemischter Nutzweise (Wohnen, Arbeiten) und hoher Qualität der Bebauung und der Aussenräume sowie Realisierung eines Ankunftsorts am Bahnhof Au
- Sicherung von mindestens 25 % der anrechenbaren Geschossflächen für Arbeiten und Sicherung von publikumsorientierten Erdgeschossnutzungen an geeigneten Lagen
- Hohe Nutzungs- / Bebauungsdichte und eine haushälterische Bodennutzung
- Sicherstellung von räumlich sorgfältig gestalteten Übergängen zu den Nachbarquartieren
- Sicherstellung einer auf die Topografie angepasste Gestaltung des öffentlichen Raums, der Bebauung und Verkehrsführung im Sinne der Testplanung Au
- Minimierung negativer Auswirkungen auf geschützte Naturräume im Nahbereich des Areals
- Sicherstellen eines zweckmässigen, öffentlichen Wegnetzes für den Langsamverkehr im Areal mit sicheren und geeigneten Übergängen in die Nachbarquartiere
- Sicherstellung eines adäquaten Lärmschutzes

Vorderschönenberg

⁴ Mit den Gestaltungsplanfestlegungen für den Bereich Vorderschönenberg sind zumindest die folgenden Sachverhalte verbindlich zu regeln:

Sicherstellung einer Dorfkernbebauung mit angemessener Dichte und guter architektonischer Gestaltung

Art. 55 Sonderbauvorschriften Mittelort

Grundsatz

¹ Das im Zonenplan bezeichnete Gebiet kann nach den folgenden Sonderbauvorschriften im Sinne von § 79 ff. PBG überbaut werden. Soweit die Sonderbauvorschriften nichts Besonderes regeln, gelten die zonengemässen Bauvorschriften und der Ergänzungsplan Städtebau Mittelort / Riedhof.

Rechtskräftige BZO Hütten

Entwurf BZO-Revision

Ausnutzungsziffer	² Die Ausnutzungsziffer kann auf max. 130 % erhöht werden.
Vollgeschosse	³ Die mögliche Vollgeschossezahl kann auf max. 6 erhöht werden.
Gesamthöhe	⁴ Die Gebäudegesamthöhe darf eine Kote von 433 m ü. M. nicht überschreiten. Davon ausgenommen sind technisch bedingte Aufbauten.
Dachgestaltung	⁵ Dächer sind als Flachdächer auszugestalten.
Nichtwohnanteil	⁶ Der minimale Nichtwohnanteil gemäss Art. 47 BZO kann auf 30 % reduziert werden.
Preisgünstiger Wohnraum	⁷ Mindestens 20 % der für Wohnnutzungen realisierten anrechenbaren Flächen müssen dem preisgünstigen Wohnraum gemäss § 49b PBG dienen. Als anrechenbare Flächen zählen alle dem Wohnen dienenden oder hierfür verwendbaren Räume in Voll-, Dach- und Untergeschossen unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessungsflächen, Sanitärräume samt inneren Trennwänden.
Qualitative Grundanforderungen	⁸ Bauten und Anlagen sowie deren Umschwung sind für sich und in ihrem Zusammenhang mit der baulichen und landschaftlichen Umgebung im Ganzen und in Teilen so zu gestalten, dass eine besonders gute Gesamtwirkung gemäss § 71 PBG erreicht wird. Gestützt auf § 71 PBG sind insbesondere die folgenden Anforderungen zu beachten: <ul style="list-style-type: none">a) Nachweis einer nachhaltigen Energielösungb) Nachweis eines Mobilitätskonzepts mit dem Ziel der Reduktion des MIV-Verkehrsaufkommensc) Berücksichtigung des Lokalklimas und Förderung der Biodiversität
Konkurrenzverfahren	⁹ Es ist ein Konkurrenzverfahren durchzuführen.

Art. 56 Besondere städtebauliche Bestimmungen gemäss Ergänzungsplan «Städtebau Mittelort / Riedhof»

Grundsatz	In dem im Ergänzungsplan «Städtebau Mittelort / Riedhof» bezeichneten Geltungsbereich gelten die in den Ergänzungsplanvorschriften aufgeführten Bestimmungen.
-----------	---

Rechtskräftige BZO Hütten

V Schlussbestimmungen

Art. 46 Inkrafttreten (PBG 353)

¹Diese Bau- und Zonenordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung der Genehmigung durch die Baudirektion in Kraft. Sie ersetzt die Bau- und Zonenordnung vom 22.11.2004.

²Mit dem Inkrafttreten dieser Bau- und Zonenordnung sind alle bewilligungsbedürftigen Vorhaben, über welche die örtliche Baubehörde noch nicht entschieden hat, nach den neuen Vorschriften zu beurteilen.

Entwurf BZO-Revision

VI. Mehrwertausgleich

Art. 57 Erhebung einer Mehrwertabgabe

Grundsatz	¹ Auf Planungsvorteilen, die durch Auf- oder Umzonungen entstehen, wird eine Mehrwertabgabe im Sinne von § 19 des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) erhoben.
Freifläche	² Die Freifläche gemäss § 19 Abs. 2 MAG beträgt 2'000 m ² .
Abgabesatz	³ Die Mehrwertabgabe beträgt 30 % des um Fr. 100'000 gekürzten Mehrwerts.

Art. 58 Erträge

Mehrwertausgleichsfonds	Die Erträge aus den Mehrwertabgaben fliessen in den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds und werden nach Massgabe des Fondsreglements verwendet.
-------------------------	--

VII. Schlussbestimmungen

Art. 59 Inkrafttreten und Ersatz für bisheriges Recht

Inkrafttreten Ersatz für bisheriges Recht	¹ Diese Bau- und Zonenordnung wird am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der rechtskräftigen Genehmigung durch die Baudirektion verbindlich und ersetzt alle älteren Versionen der Bauordnung mit Zonenplan. Der Stadtrat publiziert das Datum der Inkraftsetzung.
Teilgenehmigung	² Der Stadtrat ist berechtigt, der Baudirektion Teilgenehmigungen der Bau- und Zonenordnung zu beantragen.
Erlass / Genehmigung / Inkraftsetzung	³ Festgesetzt vom Gemeinderat am 30. September 2024. Vom Regierungsrat am XXXX mit Beschluss Nr. XXXX genehmigt; in Kraft seit dem XXXX.

